

„Pazifismus ist keine Option“

Kurden ja, Saudis nein: Burkhart von Braunbehrens, Ex-Teilhaber des Panzerkonzerns Krauss-Maffei, will Klartext in der Rüstungsdebatte

Mit einem roten Sportwagen holt Burkhart von Braunbehrens den Interviewer vom Mannheimer Hauptbahnhof ab. Der Maler und frühere Achtundsechziger-Aktivist lebt in einem Wohnprojekt auf einem Pfälzer Dorf. Das Gespräch findet in seiner kleinen Stadtwohnung statt. Er will nicht, dass die Adresse publik wird: Bis vor zwei Jahren saß er im Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann, vor kurzem gab er seine Anteile zurück. Aus der Rüstungsindustrie ist er der Einzige, der sich über die Branche öffentlich äußert. Über seinen Abschied vom ererbten Militärgeschäft ist Braunbehrens froh, aber man merkt, dass ihn das Thema weiter umtreibt.

Herr Braunbehrens, zum ersten Mal in ihrer Geschichte liefert die Bundesrepublik Waffen in ein Kriegsgebiet – an die Kurden im Irak. Muss das sein?

Es freut mich, dass diese Debatte endlich begonnen hat. Politiker erzählen uns, die Waffenlieferungen an die Kurden seien vertretbar. Als ob es nicht darum ginge, dass sie notwendig sind! Die Frage ist doch nicht, ob man für oder gegen Waffen ist. Die Frage ist, was man damit macht. Man sollte Waffen nur einsetzen, um Demokratie und Menschenrechte zu erkämpfen. Aber dafür braucht man sie. Europa verdankt seine demokratischen Verhältnisse der bewaffneten Niederschlagung des Faschismus. Dafür haben Tausende Amerikaner an der Küste der Normandie wesentlich ihr Leben geopfert.

Folgt man Ihrer Logik, müssten wir besser Soldaten schicken.

Frau Merkels Idee, dass man statt Leuten lieber Waffen schickt, ist wenig durchdacht. Wenn kategorisch ausgeschlossen wird, dort niemals mit Soldaten hinzugehen, dann ist das eine Illusion. Je halbherziger man jetzt an die Sache herangeht, desto wahrscheinlicher werden wir später Mittel einsetzen müssen, die wir gar nicht einsetzen wollen.

Wirtschaftsminister Gabriel will Waffenexporte restriktiver handhaben. Das finden Sie gut, oder?

So emotional, wie Herr Gabriel das Thema diskutiert, schürt er nur Vorurteile. Die schwierigen Fragen beantwortet er nicht. Das Wort „restriktiv“ sagt überhaupt nichts. Es kommt darauf an, wem ich Waffen liefere und wem nicht.

An Saudi-Arabien oder Qatar eber nicht?

Beide Länder betreiben ein doppeltes Spiel: Einerseits geben sich die Regierungen protestlich, andererseits unterstützen die herrschenden Familienclans den Terrorismus. Qatar hat die Rebellen in Mali gefördert, es soll Boko Haram in Zentralafrika und jetzt die Terrormilizen in Libyen unterstützen. Die Ausdehnung der eigenen Macht und die sunnitische Vorherrschaft sind ihre Ziele, die sie mit der Anheizung von Religionskriegen betreiben. Das ist keine Poli-



Als Prestigeobjekt weltweit begehrt: der Kampfpanzer Leopard 2 aus der Produktion von Krauss-Maffei Wegmann

Foto pth

tik, die der Westen unterstützen darf. Die beschlossene Panzerlieferung nach Qatar bedrückt mich besonders, weil ich zu diesem Zeitpunkt als Mitglied im Aufsichtsrat noch mitverantwortlich war. Damals hatte ich eine viel zu gute Meinung über den Golfstaat. Das sehe ich heute anders.

Ist es nach dem Scheitern der Arabellion nicht klüger, die berrschenden Regime zu stabilisieren?

Leider gab es dieses Argument von Anfang an. In Syrien hat man mehr als ein Jahr lang zugesehen, wie das Regime gewaltlose Proteste blutig niedergeworfen hat. Die Demonstranten beriefen sich auf unsere westlichen Werte. Der Westen hat das verraten. Europa glaubt, dass die Verteidigung des eigenen Wohlstands als Politik ausreicht. Das finde ich moralisch verwerflich.

Wenn das Geschäft mit Qatar nicht zustande kommt, wird es für einen reinen Panzerhersteller wie Krauss-Maffei eng.

Das Problem ist doch seit mehr als zwanzig Jahren absehbar. Panzer sind nicht mehr im Zentrum des strategischen Geschehens. Schon nach dem Kuwait-Krieg 1990 sagte ein amerikanischer Verteidigungsminister, die Zeit der großen Land-

schlachten sei vorbei. Der Leopard ist vor allem als Prestigeobjekt begehrt – und weil einige Staaten in verantwortungsloser Weise aufgerüstet haben, mit Unterstützung der Europäer.

Zum Beispiel?

Griechenland war eine Zeitlang der größte Waffenimporteur Europas, obwohl der Staatshaushalt das gar nicht hergab. Die Folgen sind bekannt. Ausgelöst wurde der Rüstungswettlauf durch die Lieferung von Leopard-Panzern der Bundeswehr an die Türkei. Auch Korruption hat eine Rolle gespielt. Die Ermittlungen laufen noch. Es schmerzt mich, dass Krauss-Maffei für den Ausbruch der Euro-Krise eine Mitverantwortung trägt.

Muss die Branche dann auf zivile Produkte umsteuern, wie der Wirtschaftsminister empfiehlt?

Da ist Gabriel grenzenlos opportunistisch. Er bedient eine Illusion, die von Rüstungsgegnern immer wieder verbreitet wird. Klar: Als Flugzeugbauer kann ich auch Passagiermaschinen herstellen. Aber bei den Landfahrzeugen wird das schwierig, der Bedarf an zivilen Panzern ist begrenzt. Man muss sich der Frage stellen: Will man das, oder will man das nicht? Meine Antwort ist eindeutig: Wenn eine Wirtschaftsmacht wie Deutschland auf diesem Feld technologisch führend ist, darf sie diese Position nicht einfach aufgeben. Das wäre Unsinn.

Es bleibt das Gesundheitskrumpfen auf europäischer Ebene, das Gabriel ebenfalls propagiert?

Das ist fällig. In Europa gibt es zwölf Firmen, die Panzer herstellen. Das kann nicht funktionieren. Aber die Konsolidierung auf deutscher Ebene muss am Anfang stehen. Krauss-Maffei wickelt ohnehin schon die Hälfte der Produktion mit Rheinmetall ab, teils auf doppelten Produktionslinien. Da wäre ein Zusammengehen logisch.

Warum klappt das nicht?

Da geht es um Macht. Rheinmetall ist größer. Man möchte sich nicht hineinregieren lassen von einer Firma, die mehr Kapital hat. Die Führung von Krauss-Maffei ist zu ängstlich, zu vorsichtig. Vorsicht klingt erst mal gut, aber sie ist nicht immer weise.

Immerhin: Mit dem französischen Nexter-Konzern redet Krauss-Maffei jetzt über eine Fusion.

Das ist doch nur ein Ablenkungsmanöver! Damit die Firmenleitung sagen kann: Mit Rheinmetall können wir nicht reden, weil wir mit Nexter in einer exklusiven Verpflichtung stehen. Aber anders als bei Rheinmetall gäbe es bei einer Fusion mit Nexter riesi-

ge Probleme: Die Produktpalette ist weitgehend identisch, das ergänzt sich nicht. Ohne Verluste auf beiden Seiten kann das nicht funktionieren.

Was also tun?

Die Politik muss Druck machen. Als wichtigster Auftraggeber hat sie die Machtmittel in der Hand. Die Amerikaner haben gezeigt,

wie es geht: Sie haben ihre Rüstungsindustrie sofort nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gezwungen, radikal zu konsolidieren – auf fünf große Konzerne. Heute haben diese Firmen bessere Karten, ganz einfach, weil sie finanzkräftiger sind.

Die Firmenanteile haben Sie nach dem Tod Ihres Vaters 1984 geerbt.

Als Linker hatten Sie mit der Branche kein Problem?

Der Pazifismus war für mich nie eine Option. Wenn die Linke das heute als ihre Domäne betrachtet, verdrängt sie ein Stück ihrer Vergangenheit. In meiner revolutionären Zeit haben wir Geld gesammelt, um Waffen für den Vietcong zu kaufen. In diesem Punkt hatten wir ein

realistischeres Bild von der Welt. In unseren Breiten ist der Pazifismus leider zu einer Art Wohlstandsdeologie geworden, weil man sich bestimmten Fragen nicht stellen will.

An die Öffentlichkeit gingen Sie erst 2012, als Sie wegen des Saudi-Geschäfts in den Fokus von Rüstungsgegnern gerieten. Warum?

Für mich war wichtig, die Verantwortung für solche Geschäfte an die Politik zurückzugeben. Ich finde es absurd, dass die Firmen für die Moral in der Politik zuständig sein sollen. Natürlich hat die Wirtschaft andere Interessen als die Außenpolitik. Die Politik muss klare Vorgaben machen. Im Kalten Krieg war klar, was mit unserem Produkt passiert. Heute ist das anders. Es ist versäumt worden, den Paradigmenwechsel nach 1990 politisch in die Hand zu nehmen.

Inwiefern?

Die Europäer hätten eigene Vorstellungen entwickeln müssen, auch in der Rüstungspolitik. Stattdessen haben sie sich hinter den Amerikanern versteckt. Die Vereinigten Staaten haben diese Lücke lange ausgefüllt, aber zu ihren Bedingungen. Warum gibt es keine europäische Außenpolitik?

Die Mitgesellschafter fanden Ihre Auftritte nicht witzig.

Natürlich kann man sich immer bedeckt halten. Aber über ein Rüstungsgeschäft zu schweigen, das ohnehin in aller Munde ist: Das ist doch lächerlich! Da tut sich die Politik keinen Gefallen, und die Wirtschaft auch nicht. Wenn sie ein solches Verhalten für nötig hält, setzt sie sich unangenehmen Verdächtigungen aus. Außerdem bedeutet eine solche Außendarstellung für die Eigentümer, dass sie ein Leben in der Verborgenheit führen müssen. Wer will das denn?

Mit Ihrem Ausscheiden aus der Firma hat sich das Thema für Sie nicht erledigt?

Als politischer Bürger finde ich es wichtig, dass dieses Thema in Politik und Presse ehrlich diskutiert wird. Ich finde das nach wie vor hoch brisant.

Das Gespräch führte Ralph Bollmann.



Schlachtgetümmel: Maler Braunbehrens mit Pergamon-Bild

Foto Franziska Gilli

Der Erbe und die Firma

Burkhart von Braunbehrens, 73, studierte Soziologie, Romanistik, Kunstgeschichte und VWL in Heidelberg, wo er als Kopf der **Studentenbewegung** galt. Nach einer Demo gegen den amerikanischen Verteidigungsminister Robert McNamara kam er ein halbes Jahr ins Gefängnis. In den siebziger Jahren war er Redakteur der „**Kommunistischen Volkszeitung**“. Als sein Vater 1984 starb, erbte er Anteile am Kasseler Waggonbauer und Panzerzulieferer Wegmann, der 1999 bei der Münchener Rüstungsfirma

Krauss-Maffei einstieg. Er ließ sich als Maler in der Pfalz nieder. Seit 2009 vertrat er die Familie, zu der viele Künstler und Wissenschaftler gehören, im Aufsichtsrat von **Krauss-Maffei Wegmann (KMW)**. Wegen öffentlicher Kritik am Panzerdeal mit Saudi-Arabien wurde er 2012 abberufen. Seinen Anteil von zuletzt gut einem halben Prozent gab er vor wenigen Wochen gegen eine nach seiner Ansicht zu geringe Abfindung zurück. Eigentlich sehen die Geschäftsverträge einen Ausstieg nicht vor.

BENTLEY

Wer immer Ziele hat, bleibt nie stehen.

Der neue Flying Spur V8.

Kontaktieren Sie uns heute, um Ihre persönliche Probefahrt zu vereinbaren.

Bentley Berlin: 030 8866 7888 0	Bentley Hamburg: 040 59 100 500	Bentley München: 089 287012 20
Bentley Düsseldorf: 0211 73 77 740	Bentley Hannover: 0511 358 55 0	Bentley Singen: 07731 9463 0
Bentley Frankfurt: 06172 4997 100	Bentley Köln: 0221 93 47 800	Bentley Stuttgart: 07031 2055 0

Flying Spur V8 Kraftstoffverbrauch (EU) in l/100 km: Innerorts 15,9; außerorts 8; kombiniert 10,9. CO₂-Emissionen 254 g/km. Energieeffizienzklasse: D

Der Name „Bentley“ und das „B“ in Flügeln sind registrierte Handelsmarken. © 2014 Bentley Motors Limited.